Criminal Compliance*

Von Prof. Dr. Thomas Rotsch, Augsburg**

I. Einführung

Der Begriff Compliance hat eine steile Karriere gemacht. War er vor wenigen Jahren noch weitgehend unbekannt, so kommt man heute, gibt man ihn etwa bei google ein, auf 115.000.000 Treffer. Das ist einigermaßen erstaunlich, beschreibt er zunächst einmal nichts anderes als die Selbstverständlichkeit der Pflicht zur Normbefolgung. Verwendet wird der Begriff auch in der Medizin, wo er die „Therapietreue“ des Patienten, also den Umstand beschreibt, dass die Heilung vieler Krankheiten kooperatives Verhalten des Kranken voraussetzt. Geht es in unserem Zusammenhang darum, „to be in compliance with the law“, so lässt sich die Formulierung, deren Wortbestandteil Compliance übrigens auch „Lernfähigkeit“ bedeutet, pointiert (und nicht ganz exakt) übersetzen mit „gesetzmäßig“. Nun geht es im Recht immer um gesetzmäßiges bzw. gerade nicht gesetzmäßiges Verhalten; und dass das Strafrecht die Voraussetzungen und Rechtsfolgen strafgesetzwidrigen Verhaltens umschreibt, ist auch alles andere als eine revolutionäre Erkenntnis.

Erst in den 1990er Jahren wurden der Oberbegriff „Corporate Governance“ und seine Bedeutung bekannt. Etwas vereinfacht lässt dieser Begriff sich mit „Unternehmensverfassung“ übersetzen; er bezeichnet also einen Ordnungsrahmen für die Leitung und Überwachung eines Wirtschaftsunternehmens.¹ Unter diesem Schlagwort werden, international ebenso wie in Deutschland, unterschiedliche Mittel eines Gesamtsystems der Unternehmensüberwachung diskutiert. „Compliance“ stellt eines dieser Mittel dar: Es ist das eigentlich in jeder rechtsstaatlichen Ordnung selbstverständliche Prinzip, dass Unternehmen und ihre Organe sich im Einklang mit dem geltenden Recht bewegen müssen.²

Beschreibt Compliance also nichts weiter als eine „Binsenweisheit“?³ Ist Compliance tatsächlich nur ein „buzzword“, eine modische Worthülse also, die zwar Bedeutung vorspiegelt, tatsächlich aber einen mehr oder weniger unklaren Sachverhalt lediglich so kryptisch beschreibt, dass ihm vermeintlich eine Bedeutung und Komplexität zukommt, die er tatsächlich nicht hat? Geht es, wie man bereits vereinzelt hört, möglicherweise sogar lediglich um Marketingmaßnahmen zur Verunsicherung potentieller Normadressaten und das letztlich damit beabsichtigte große Geldverdienen?

* Gekürzte und überarbeitete, mit Fußnoten versehene Fassung eines Vortrages, den der *Verfasser* u.a. an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena, der Pontificia Universidade Católica do Rio Grande do Sul in Porto Alegre, Brasilien, und dem Goethe-Institut in Madrid gehalten hat.

** Der *Autor* ist Inhaber der Professur für Straf- und Strafprozessrecht, Wirtschaftsstrafrecht und Völkerstrafrecht an der Universität Augsburg und Leiter des CCC – Center for Criminal Compliance (www.jura.uni-augsburg.de/ccc).

¹ *Hauschka*, in: *Hauschka* (Hrsg.), *Corporate Compliance*, 2. Aufl. 2010, § 1 Rn. 1.

² *Hauschka* (Fn. 1), § 1 Rn. 1.

³ So *Uwe H. Schneider*, ZIP 2003, 646.

Ich glaube das nicht. Unabhängig von der fraglichen Notwendigkeit zur anglizistischen Sprachpanscherei und unabhängig von der Selbstverständlichkeit, dass professionelle Tätigkeit nicht unentgeltlich erfolgt, beschreibt Compliance tatsächlich ein neues Phänomen. Das gilt jedenfalls dann, wenn man dem Begriff nicht schlicht sämtliche unbewältigten Probleme seines Teilrechtsgebietes subsumiert, wie dies zur Zeit überwiegend geschieht, sondern versucht, die spezifischen Besonderheiten von Compliance herauszuarbeiten. Ein solcher erster Versuch soll hier für das Strafrecht und die sog. „Criminal Compliance“ unternommen werden.

II. Criminal Compliance

1. Der Gegenstand der Criminal Compliance

a) Die derzeitige Situation

Mittlerweile scheint zwar nachgerade ein Wettbewerb der Rechtsgebiete – in der Wissenschaft wie in der Praxis – um die Vereinnahmung „der Compliance“ entbrannt zu sein. So ist Compliance zum Gegenstand der unterschiedlichsten Teilrechtsbereiche avanciert. Das Strafrecht macht da keine Ausnahme. Doch obwohl das Strafrecht von allen Rechtsgebieten – wie immer – Regelverletzungen im Dunstkreis von Compliance am schärfsten, nämlich mit Freiheits- oder Geldstrafe, sanktioniert, herrscht Unbehagen. Einerseits scheint in der Praxis wirtschaftlicher Betätigung das originär strafrechtliche Gefährdungspotential unzureichender Compliance in mittelständischen wie in Großunternehmen noch immer kaum wahrgenommen. Die – wenigen – bekanntgewordenen Skandale durchaus dramatischen Ausmaßes haben dabei fast skurrile Konsequenzen. Einige wenige Unternehmen rüsten ihre Compliance-Abteilungen in zum Teil völlig unverhältnismäßiger Art und Weise auf, so dass unternehmensinterne Subsysteme entstehen, die an sich selbst bereits wieder eine Compliance-Abteilung benötigten; die große Mehrzahl derjenigen aber, die durchaus Anlass zur Sorge hätten, in das Visier der Strafverfolgungsorgane zu geraten – und das sind insbesondere auch die mittelständischen Unternehmen –, tut nichts. Andererseits wird in der Strafrechtswissenschaft die Frage, was das Phänomen Compliance für das Strafrecht in kriminalpolitischer und dogmatischer Hinsicht bedeutet, noch nicht grundlegend problematisiert.⁴

Dabei scheint es eine Vielzahl dringender Betätigungsfelder zu geben: Was ist und wo beginnt „Korruption“? Wann ist Sponsoring strafbar? Was sind „schwarze Kassen“ und (weshalb?) sollte man die Finger von ihnen lassen? Wenn man davon erfährt, dass sie im eigenen Unternehmen existieren, was ist dann zu tun? Wann macht man sich wegen Be-

⁴ Das wird sich freilich in naher Zukunft ändern. Die erste Habilitationsschrift zum Thema ist bereits abgeschlossen, vgl. *Dennis Bock*, *Criminal Compliance: Strafrechtlich gebotene Aufsicht in Unternehmen – zugleich ein Beitrag zu den Grenzen strafrechtlicher Steuerung der Unternehmensführung* (noch unveröffentlicht). Am CCC – Center for Criminal Compliance laufen bereits mehrere Doktorarbeiten.

stechung oder – umgekehrt – Bestechlichkeit strafbar? Ab wann muss man befürchten, sich wegen Vorenthaltens von Beiträgen des Arbeitnehmers zur Sozialversicherung gem. § 266a StGB strafbar zu machen? Was bedeutet es, „schein-selbständig“ zu sein und ab wann hat dies etwas mit „Schwarzarbeit“ zu tun? In welchen Fällen ist eine strafbefreiende Selbstanzeige sinnvoll und bis zu welchem Zeitpunkt kann sie vorgenommen werden? Welche Verhaltensweisen werden von dem Untreuetatbestand des § 266 StGB erfasst? ... u.s.w., u.s.w. Die Liste lässt sich beliebig fortsetzen – wenn sie denn richtig ist.

b) Abgrenzung zur Criminal Compliance im engeren Sinne

Tatsächlich handelt es sich bei den genannten Problemfeldern nur insoweit um Aspekte der Criminal Compliance, als sie ihren Bezugsgegenstand, ihr Beschäftigungsfeld also, darstellen. In der Sache geht es bei ihnen aber um nicht mehr und nicht weniger, als uns bekannte – zugegebenermaßen häufig schwierige und zum Teil noch nicht gelöste – Fragen des Wirtschaftsstrafrechts. Dass manche Compliance für eine inhaltslose Modeerscheinung halten, hat seinen Grund insbesondere darin, dass dem Begriff meist mehr oder weniger willkürlich alles zugeordnet wird, was den aktuellen Beschäftigungsgegenstand der Strafrechtswissenschaft bzw. den Beratungsgegenstand der Strafrechtspraxis ausmacht, sofern nur sein Ziel die Vermeidung antizipierter strafrechtlicher Verantwortlichkeit ist. Bei der Frage nach einer möglichen Garantienpflicht des Compliance Officers⁵ etwa handelt es sich aber zunächst einmal um ein originär (wirtschafts)strafrechtliches Problem; Fragen nach der Verantwortlichkeit der Unternehmensführung i.S.d. §§ 25 ff. StGB stellen ebenfalls keine neuen, eigenständigen und originär „Compliance-spezifischen“ Phänomene dar; bei der kontroversen Diskussion um den Gefährdungsschaden⁶ i.S.d. § 263 und (?) des § 266 StGB oder die Strafbarkeit wegen Untreue gem. § 266 StGB durch Bildung⁷ bzw. Übernahme⁸ von schwarzen Kassen handelt es sich *nicht* um eine Auseinandersetzung über (Criminal) Compliance. Dass vieler dieser Fragen von einer konsentierten Lösung durchaus entfernt sind, vermag an diesem Befund nichts zu ändern. Die Probleme, die wir bei der Beantwortung dieser und ähnlicher Fragen haben, sind den besonderen Schwierigkeiten des Wirtschaftsstrafrechts,⁹ nicht hingegen aber den Besonderheiten von Criminal Compliance geschuldet.

⁵ Bejaht vom BGH in seiner aufsehenerregenden Entscheidung vom 17.7.2009 – 5 StR 394/08 = BGH NJW 2009, 3173 mit Anm. Rotsch, ZJS, 2009, 712; Ransiek, AG 2010, 147; Rönnau/Schneider, ZIP 2010, 53 m.w.N.

⁶ Zur terminologischen Begriffsklärung (Gefährdungsschaden versus schadensgleiche Vermögensgefährdung vgl. jüngst Rotsch, in: Joecks/Ostendorf/Rönnau/Rotsch/Schmitz (Hrsg.), Recht – Wirtschaft – Strafe, Festschrift für Erich Samson, 2010, in Fn. 83.

⁷ BGHSt 51, 100 (Kanter).

⁸ BGHSt 52, 323 (Siemens).

⁹ Zur damit angedeuteten „Divisionalisierung“ des Strafrechts siehe bereits Rotsch, ZIS 2007, 260.

Die spezifischen Probleme von Criminal Compliance sind in Wahrheit andere. Sie sind wissenschaftlich noch nicht erforscht und stellen das traditionelle Strafrecht tatsächlich vor neue Herausforderungen. Einige von ihnen sollen im Folgenden in einer ersten, selektiven und nur grob systematisierten Auswahl vorgestellt werden.

2. Spezifische Probleme von Criminal Compliance

Innerhalb der vielfältigen, spezifisch und originär der Criminal Compliance im engeren Sinne zuzuordnenden Fragestellungen lässt sich ganz grundsätzlich zwischen wissenschaftlichen Grundsatzfragen und Fragen der Beratungspraxis unterscheiden. Dabei tritt die hier erforderliche Verbindung von Wissenschaft und Praxis besonders deutlich zutage: Ohne eine wissenschaftliche Durchdringung wird sich eine gute Compliance-Beratung ebenso wenig durchführen lassen wie sich in der Wissenschaft ohne Rückkoppelung aus der Beratungspraxis kaum – praxistaugliche – Lösungen spezifischer Compliance-Fragen entwickeln lassen werden.

a) Wissenschaftliche Grundsatzfragen der Criminal Compliance

(1) Eine erste grundlegende Besonderheit betrifft das Ziel von Criminal Compliance. Meist wird dies mit *Haftungsvermeidung* umschrieben.¹⁰ Das ist (nur) insoweit richtig, als es der Geschäftsführung häufig darum gehen wird, eigene strafrechtliche Haftung schon gar nicht entstehen zu lassen. Wer freilich nur das Ziel der Haftungsvermeidung als solches in den Blick nimmt, läuft Gefahr zu übersehen, dass mit einer solchen singulär ausgerichteten Compliance-Strategie zwar die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Geschäftsführung entfallen mag. Da die Geschäftsführung sich aber häufig bereits, aber auch nur, durch sorgfältige Organisation und insbesondere Delegation entlasten kann, versickert die strafrechtliche Verantwortlichkeit nicht spurlos im Unternehmen, sondern wird gleichsam weitergereicht an den nachgeordneten Unternehmensmitarbeiter. Aus der vermeintlichen Haftungsvermeidung wird eine bloße *Haftungsverlagerung*, die dann zwar strafrechtlich einen anderen trifft, unter unternehmerischen Gesichtspunkten aber ebenso desaströs sein kann (Stichworte: Geldbußen, Schadensersatzansprüche, Ansehensverlust, Wettbewerbseinbußen). Ein auf umfassende Vermeidung strafrechtlicher Haftung ausgerichtetes Compliance-Konzept muss daher das gesamte Unternehmen bzw. sämtliche Unternehmensmitarbeiter und nicht nur die Führungsspitze in den Blick nehmen.

(2) Hiermit in Zusammenhang steht ein zweiter Umstand, der uns auch als immenses Problem der Beratungspraxis¹¹ begegnet. Wer gewährleisten will, dass unternehmerische Entscheidungen in nicht strafrechtlich relevanter Weise gefällt werden, hat strafrechtliche Verantwortlichkeit zu antizipieren. Das geschieht dann freilich häufig unter äußerst schwierigen Umständen. Zum einen handelt es sich im Wirtschaftsstrafrecht um äußerst komplexe Sachverhalte, zum

¹⁰ Vgl. Bock, ZIS 2009, 68 (70).

¹¹ Siehe dazu unten b) (1).

anderen ist das Rechtsgebiet selbst komplex und nebulös und häufig nur von ausgewiesenen Experten zu verstehen, und schließlich existieren in weiten Bereichen schon gar keine verlässlichen Aussagen über eine drohende Strafbarkeit. Die Besonderheit von Criminal Compliance besteht insoweit in der Notwendigkeit zur Antizipation strafrechtlicher Verantwortlichkeit, die sich zum Teil schlicht nicht mit der nötigen Sicherheit vorhersagen lässt.¹²

(3) Wenn Unternehmen sich selbst eine Unternehmensverfassung geben, neigen sie aus den unterschiedlichsten Gründen dazu, vor dem Hintergrund einer „best practice“ möglichst strenge Anforderungen an unternehmenskonformes Verhalten zu formulieren.¹³ Im Hinblick auf eine mögliche Fahrlässigkeitsstrafbarkeit besteht nun die Besonderheit, dass Unternehmen etwa mit Richtlinien in einem häufig gesetzlich nicht durchnormierten Bereich die im konkreten Fall einzuhaltenden Sorgfaltsstandards selbst (mit)definieren. Je höher aber dieser Sorgfaltsmaßstab angesetzt wird, desto schwieriger wird es für die Unternehmensmitarbeiter, diese einzuhalten. Damit besteht dann die Gefahr, dass die Unternehmen sich selbst in die Strafbarkeit hineinreglementieren.¹⁴

(4) In diesem Zusammenhang erhebt sich freilich sogleich außerdem die Frage, inwieweit es überhaupt möglich ist, strafrechtliche Verantwortlichkeit durch unternehmensinterne Regelungen zu beeinflussen, im besten Falle also zu verhindern. Denn gewollt mit einer solchen Regelung ist ja an sich gerade die Vermeidung bzw. Minimierung¹⁵ strafrechtlicher Haftungsrisiken. Insbesondere für die Vorsatzdelikte steht hier eine Diskussion noch völlig aus.

(5) Soweit Criminal Compliance den Versuch beschreibt, Führungspersonen wirtschaftlicher (Groß)Unternehmen von strafrechtlicher Haftung freizuzeichnen, lässt sie sich durchaus als Reaktion auf die moderne „top down“-Zurechnungsrechtsprechung des BGH¹⁶ verstehen. Denn erst mit dem im Wege normativer Gleichsetzung von gesellschaftsrechtlicher oder auch nur politischer mit strafrechtlicher Verantwortung ermöglichten direkten Zugriff auf führende Unternehmensmitarbeiter entstand für diese überhaupt das Bedürfnis, sich von strafrechtlicher Haftung freihalten zu müssen. Wer traditionell ausgehend vom eingetretenen Schaden strafrechtliche Verantwortlichkeit von unten nach oben abfragt, bleibt ir-

gendwann auf halbem Wege in den Verästelungen moderner Großunternehmen hängen. Diese Auswirkungen organisierter Unverantwortlichkeit stellten für den BGH ja gerade den Anlass seines „Paradigmenwechsels“¹⁷ dar. Die organisierte Unverantwortlichkeit fällt nun als unorganisierte Verantwortlichkeit auf die Unternehmensführung selbst zurück. Criminal Compliance stellt einen spezifischen Reflex auf diese aktuelle Entwicklung dar.

(6) Jedenfalls für Deutschland drängt sich der Eindruck auf, dass die Diskussion um Criminal Compliance zumindest auch eine Reaktion auf die – in vielen Ländern mittlerweile praktizierte – in Deutschland trotz ausgiebiger Diskussion nicht eingeführte strafrechtliche Unternehmensverantwortlichkeit darstellt. Denn wenn Criminal Compliance den Versuch der Vermeidung strafrechtlicher Verantwortlichkeit beschreibt, und die strafrechtliche Verantwortlichkeit der Unternehmensführung durch die moderne Rechtsprechung des BGH erst ermöglicht wird (siehe oben [5]), dann liegt es nahe, dass mittels Criminal Compliance Entlastungsmechanismen etabliert werden sollen, deren es bei einer originären und strafrechtlichen Verantwortlichkeit des Unternehmens selbst gar nicht bedürfte.

b) Praktische Fragen der Criminal Compliance

(1) Ein immenses Problem praktischer Compliance-Beratung stellt der Umstand dar, dass Criminal Compliance Strafbarkeit vermeiden soll, also im Hinblick auf zukünftiges Verhalten eine mögliche strafrechtliche Verantwortlichkeit antizipieren können muss.¹⁸ Gerade hierin liegt aber eine häufig unüberwindbare Schwierigkeit. Denn während der BGH aus einer bequemen ex post-Sichtweise und unter dem Eindruck des schließlich ja eingetretenen Schadens stets eher dazu neigen wird, von dessen Vermeidbarkeit und damit im Ergebnis von einer Strafbarkeit auszugehen,¹⁹ ist der in der Compliance-Beratung tätige Anwalt naturgemäß mit dem im Wirtschaftsstrafrecht häufig alles andere als eindeutigen

¹² Vgl. auch noch unten b) (1).

¹³ Vgl. *Kuhlen*, in: Maschmann (Hrsg.), *Corporate Compliance und Arbeitsrecht*, 2009, S. 11 (21 f.).

¹⁴ *Kuhlen* (Fn. 13), S. 26, nennt dies einen „sich selbst validierenden Zirkel“. Unkritisch („wünschenswert“) insoweit *Hauschka/Greve*, BB 2007, 165.

¹⁵ Siehe dazu bereits oben (1). Vgl. noch *Kuhlen* (Fn. 13), S. 12.

¹⁶ BGHSt 37, 106 („Lederspray“) einerseits; in Folge von BGHSt 40, 218 („Mauerschützen“) andererseits vgl. z.B. BGHSt 40, 257; BGHSt 45, 270; BGHSt 48, 331; BGHSt 49, 147 mit Bspr. *Rotsch*, ZJS 2008, 610; BGH NStZ 1997, 544; BGH NJW 1998, 767; BGH JR 2004, 245 mit Anm. *Rotsch*, JR 2004, 248. Ausführlich zum Ganzen *Rotsch*, „Einheitstäterschaft“ statt Tatherrschaft, 2009, S. 372 ff., mit zahlreichen weiteren Nachweisen.

¹⁷ *Rotsch*, *Individuelle Haftung in Großunternehmen*, 1998, S. 152 ff., 161 ff. (163); *ders.*, *wistra* 1999, 321 (325); *Schünemann*, in: *Roxin/Widmaier* (Hrsg.), *50 Jahre Bundesgerichtshof, Festgabe aus der Wissenschaft*, Band IV, 2000, S. 621 (623 f.).

¹⁸ Vgl. auch oben a) (2).

¹⁹ Dass sich ein tatsächlich eingetretener Sachverhalt im nachhinein immer leichter als vorhersehbar bezeichnen als ex ante tatsächlich vorhersehen lässt, weiß die Sozialpsychologie seit langem, vgl. nur *Kuhlen*, in: *Jung/Müller-Dietz/Neumann* (Hrsg.), *Recht und Moral*, 1991, S. 341 ff. Siehe auch *Medicus*, ZGR 1998, 570 (585): „Rückschauend hat eben sogar das zunächst kaum Erwartbare eine gewisse Wahrscheinlichkeit für sich, weil es ja wirklich eingetreten ist. Wenn man aus der derart wahrscheinlichen Gefahr eines Schadenseintritts eine Garantienstellung und daraus eine nach außen wirkende Organisationspflicht herleitet, kommt man mit geringem Begründungsaufwand geradezu regelmäßig zu einer externen Ersatzpflicht.“ (Den Hinweis auf *Medicus* verdanke ich *Peter Kindler*, der die Stelle selbst zitiert in ZHR 174 [2010], in und bei Fn. 125).

Normappell in der konkreten Handlungssituation konfrontiert. Der auf der Hand liegende Einwand, hierbei handle es sich um keine Besonderheit der Criminal Compliance, vielmehr liege es in der Natur der Sache, dass es das Gericht hinterher eben besser wisse, trägt nicht ganz. Denn im Kernstrafrecht erwarten wir zu Recht, dass der Täter die Verbotsnorm kennt und sie versteht (und sie deshalb befolgt); eine Vorstellung, deren Berechtigung im Wirtschaftsstrafrecht jedenfalls nicht bewiesen ist. Insoweit ergibt diese Besonderheit sich zumindest aus einer Kumulation von Criminal Compliance und ihrem Bezugsgegenstand Wirtschaftsstrafrecht.

(2) Daraus folgt natürlich auch ein gesteigertes Haftungsproblem für den Compliance-Berater. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis sich die ersten Sachverhalte ereignen werden, in denen der Rechtsanwalt nach bestem Wissen und Gewissen eine den Regeln der Kunst entsprechende Compliance-Beratung durchgeführt und das Unternehmen die ihm vorgeschlagenen Maßnahmen sorgfältig umgesetzt hat und der BGH schließlich dennoch die durchgeführten Maßnahmen für nicht ausreichend hält. Was soll aber im Hinblick auf die Verantwortlichkeit des Unternehmens in dem Fall gelten, in dem es für eine vermeintlich exquisite Compliance-Beratung teures Geld bezahlt hat, sich später vom Bundesgerichtshof aber sagen lassen muss, dass es die in dem speziellen, konkreten Fall zu beachtenden Anforderungen nicht eingehalten hat? Kann von einem Unternehmen mehr verlangt werden, als dass es sich auf vermeintlich fachmännischen Compliance-Rat verlässt? Und wie sehr muss der Rechtsanwalt eine eigene – auch strafrechtliche – Haftung befürchten, weil seine Compliance-Beratung ex post von der Judikatur als nicht ausreichend abqualifiziert worden ist? Auch hierbei geht es um mehr als die bekannten Fragen anwaltlicher Haftung.

III. Zusammenfassung und Ausblick

In der derzeitigen Diskussion um Inhalt und Notwendigkeit von Compliance werden häufig bekannte Haftungsfragen mit spezifischen Problemen von Compliance vermengt. Unterscheidet man aber diese Fragen konsequent, wird deutlich, dass Compliance durchaus einen neuen Beschäftigungsgegenstand der Rechtswissenschaften darstellt. Für das Strafrecht ist im Rahmen der sog. Criminal Compliance zunächst der wirtschaftsstrafrechtliche Bezugsgegenstand von spezifischen Compliance-Inhalten abzugrenzen. Mag man bei den wirtschaftsstrafrechtlichen Inhalten von Criminal Compliance im weiteren Sinne reden, so werden hier unter Criminal Compliance im eigentlichen, engeren Sinne nur diejenigen Fragen gefasst, die sich gerade aus der besonderen Notwendigkeit zur Antizipation strafrechtlicher Haftungsrisiken und der intendierten präventiven Verringerung dieser Risiken ergeben.

Im Rahmen einer so verstandenen Criminal Compliance im engeren Sinne lassen sich wissenschaftliche Grundsatzfragen und spezifische Fragen der Beratungspraxis unterscheiden, die – natürlich – in einer Wechselbeziehung stehen. Und genauso wenig wie es eine wissenschaftliche Fundierung spezifischer Fragen der Criminal Compliance ohne Berücksichtigung anderer (nicht strafrechtlicher) Teilrechtsgebiete

geben kann, genauso wenig wird häufig in der Praxis eine umfassende und seriöse Compliance-Beratung „aus einer Hand“ möglich sein und zum Ziel – der weitestgehend möglichen Minimierung von jedweden Haftungsrisiken des Unternehmens bzw. seiner Mitarbeiter – führen können.

Vor dem Hintergrund dieses Verständnisses stellt Criminal Compliance den aktuellen und durchaus konsequenten vorläufigen Endpunkt einer schon häufig beschriebenen²⁰ Entwicklung weg vom traditionellen Strafrecht als Instrument der Reaktion hin zu einem Steuerungsmittel zur Prävention strafrechtlicher Verantwortung dar. Diese Entwicklung mag man mit guten Gründen bedauern, rückgängig machen lässt sie sich nicht. Die Aufgabe der Zukunft muss daher in der Ausarbeitung wissenschaftlich tragfähiger und praktisch handhabbarer Compliance-Lösungen liegen; so lange es hieran fehlt, wird in der Praxis wirtschaftlicher Betätigung auch weiterhin eher die Tendenz zur „Scheincompliance“ oder gar der „Flucht aus der Compliance“ vorherrschen, wie sie bereits heute aus Gründen der Verunsicherung und der Unkenntnis, wie konkrete Compliance-Maßnahmen auszusehen haben, weithin praktiziert wird.

Criminal Compliance ist auch ein weiterer Beweis dafür, dass wir uns endlich von der Vorstellung verabschieden müssen, es existiere ein einheitliches homogenes Strafrecht, das sämtlich die Probleme der modernen Gesellschaft zu lösen vermag. Faktisch hat sich die Divisionalisierung des Rechts längst vollzogen, es ist an uns, ihr ein rechtsstaatliches Fundament zu geben.

²⁰ Vgl. jüngst nur *Marzahn*, Das Feindstrafrecht als Komponente des Präventionsstaats?, 2010.